

Inhalt

Vorwort	15
Abkürzungsverzeichnis	17

Erster Teil: Einleitung und Grundlagen

§ 1 Einleitung	21
A. Störtebekers Erben vor deutschen Strafgerichten	21
B. Gegenstand der Untersuchung und Gang der Darstellung	26
§ 2 Seepiraterie	29
A. Begriff	29
I. Der Begriff Seepiraterie und seine Bedeutung im allgemeinsprachlichen Verständnis	29
II. Seepiraterie als Begriff und Anknüpfungspunkt im internationalen und nationalen Recht	33
1) Seepiraterie im Völkervertragsrecht	33
a) Begriffsbestimmung des Seerechtsübereinkommens	34
b) Seepiraterie als Anknüpfungspunkt weiterer Übereinkommen	45
c) Djibouti Code of Conduct – Begriffsbestimmung betroffener Regionalstaaten	48
2) Der völker gewohnheitsrechtliche Begriff der Seepiraterie	50
3) Deutsches Recht	52
a) Strafrecht und sonstiges öffentliches Recht	52
b) Privatrecht	54
III. Arbeitsdefinitionen internationaler Organisationen	55

IV. Ergebnis	57
B. Seepiraterie als Kriminalitätsphänomen der Vergangenheit und Gegenwart	59
I. Historischer Abriss	59
1) Antike	59
2) Mittelalter und frühe Neuzeit	62
3) Kriminogene Faktoren und Fazit	65
II. Verbreitung und Ursachen in der Gegenwart	67
1) Afrikanische Ostküste	67
2) Afrikanische Westküste	70
3) Südostasiatische Gewässer	71
C. Eine erste begrifflich-phänomenologische Einordnung	72
 § 3 Staatliche Souveränitätsrechte und die völkerrechtliche Raumordnung der Meere	75
A. Souveräne Gleichheit der Staaten und das zwischenstaatliche Interventionsverbot	75
B. Völkerrechtliche Raumordnung der Meere	78
I. Maritimes Staatsgebiet	79
II. Maritimes Nichtstaatsgebiet	80
 § 4 Der Einsatz von Streitkräften zur »Bekämpfung« der Seepiraterie	85
A. Die Militäroperation ATALANTA als Beispiel eines Streitkräfteeinsatzes zur »Bekämpfung« der Seepiraterie	85
B. Völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen des Streitkräfteeinsatzes	92
I. Völkerrechtliche Zulässigkeit des Streitkräfteeinsatzes	93
1) Völkerrechtliche Zuständigkeit staatlicher Streitkräfte	93
a) Die Zuständigkeiten nach dem Seerechtsübereinkommen	94
b) Die Zuständigkeiten nach dem Seeschifffahrtssicherheitsübereinkommen	97
c) Völkergewohnheitsrechtlich begründete Zuständigkeiten	98
2) Eingriffsbefugnisse	99
a) Eingriffsbefugnisse nach dem Seerechtsübereinkommen	99
b) Eingriffsbefugnisse nach dem Seeschifffahrtssicherheitsübereinkommen	106
c) Eingriffsbefugnisse nach den übrigen Abkommen	107

d) Völkergerichtsrechtliche Eingriffsbefugnisse	108
e) Eingriffsbefugnisse nach den Resolutionen des Sicherheitsrates	111
3) Ergebnis	117
II. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit des Streitkräfteeinsatzes	118
1) Wehrverfassungsrechtliche Ausgangslage	118
2) Materielle Zulässigkeit des Streitkräfteeinsatzes	120
a) Unilaterale Einsatzmöglichkeiten	120
b) Multilaterale Einsatzmöglichkeiten im Rahmen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit i. S. d. Art. 24 Abs. 2 GG	129
3) Formelle Zulässigkeit des Streitkräfteeinsatzes	133
4) Ergebnis	134
III. Keine Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts	135
IV. Innerstaatlicher Rechtsrahmen für Einzelmaßnahmen der Streitkräfte	137
1) Grundrechtsschutz und Gesetzesvorbehalt	137
a) Grundrechtsbindung der Streitkräfte	139
b) Grundrechtsbindung bei extraterritorialem Staatshandeln	140
c) Ausübung deutscher Staatsgewalt	144
d) Zwischenergebnis und die Frage nach der Zulässigkeit von Modifikationen des Schutzniveaus	146
2) Rechtsstaatsprinzip und Vorbehalt des Gesetzes	148
3) Der Vorrang des Gesetzes und das Strafbarkeitsrisiko des einzelnen Soldaten	149
4) Keine Rechtfertigung durch völkerrechtliche Eingriffsbefugnisse	153
5) Erfordernis eines innerstaatlichen Rechtsrahmens	158
C. Strafprozessrecht als Rechtsrahmen für Einzelmaßnahmen?	160
I. Gefahrenabwehr und Strafverfolgung als Kernkomponenten staatlicher Sicherheitsgewährleistung	161
II. Erfordernis und Kriterien der Abgrenzung und Zuordnung	162
1) Polizeilicher Aufgabendualismus als Grundlage des Problems	162
2) Kriterien der Abgrenzung und Zuordnung	164
a) Zweckbestimmung im Allgemeinen	165

b) Zweckbestimmung bei sog. doppelfunktionalen Maßnahmen	166
3) Streitkräfte als Garant systemischer Sicherheit	170
a) Der formal-rechtsquellenorientierte Ansatz der Bundesregierung	170
b) Der hier vertretene materiell-funktionale Ansatz . .	173
III. Die Militäroperation ATALANTA als Streitkräfteeinsatz (auch) zur Strafverfolgung	175
1) Aufgreifen, Festhalten, Überstellen und Beschlagnahme als reine Strafverfolgungsmaßnahmen	175
2) Echte doppelfunktionale sowie differenziert zu bewertende Maßnahmen	176
a) Abschreckung, Verhütung und Beendigung seeräuberischer Handlungen	177
b) Erhebung von Identifizierungsdaten	179
IV. Folge: Strafprozessrecht als Rechtsrahmen?	181
D. Zwischenbefund	182

Zweiter Teil: Staatliche Strafgewalt aus internationaler und nationaler Perspektive

§ 5 Rechtsrahmen staatlicher Strafgewalt und das straftheoretische Fundament	185
A. Strafgewalt und Strafanspruch	185
I. Strafgewalt und deren Erscheinungsformen	185
II. Strafgewalt und Strafanspruch sowie dessen Durchsetzung	190
B. Völkerrechtliche Vorgaben zur Ausübung der Strafgewalt	191
I. Das Konfliktpotenzial extraterritorialer Strafgewaltsausübung	191
1) Territoriale Hoheitsfreiheit	191
2) Fremdstaatliche Souveränitätsrechte	192
II. Die völkerrechtlichen Lösungsansätze	194
1) Lösung beim Zugriff auf hoheitsfreie Gebiete	194
a) Vorgaben des Seerechtsübereinkommens zur Ausübung von Strafgewalt auf Hoher See	194
b) Weitere seepiraterierelevante Abkommen	200
c) Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen	201
d) Völkergewohnheitsrecht	201
2) Lösung von Souveränitätskonflikten	201

a)	Vertragliche Lösungsansätze und Kompetenzverteilung im Bereich der Seepiraterie	203
aa)	Seerechtsübereinkommen	204
bb)	Internationales Übereinkommen gegen Geiselnahme	205
cc)	Seeschiffahrtssicherheitsübereinkommen	207
dd)	Internationales Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus	210
ee)	Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität	211
b)	Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen	213
c)	Völkergewohnheitsrecht	218
aa)	Geltungsprinzipien originärer Strafgewalt	219
bb)	Geltungsprinzipien derivativer Strafgewalt	226
C.	Verfassungsrechtliche Bindungen der Strafgewalt	230
I.	Gesetzlichkeitsprinzip, Art. 103 Abs. 2 GG	231
1)	Erscheinungsformen und Grundlagen des Gesetzlichkeitsprinzips	232
2)	Gesetzlichkeitsprinzip und extraterritoriale Strafgewalt im Allgemeinen	234
3)	Gesetzlichkeitsprinzip und Seepiraterie im Besonderen	237
II.	Schuldprinzip	238
1)	Inhalt und Grundlagen des Schuldprinzips	238
2)	Schuldprinzip und extraterritoriale Strafgewalt im Allgemeinen	241
3)	Schuldprinzip und Seepiraterie im Besonderen	245
III.	Rechtsstaatsprinzip, Art. 20 Abs. 3 GG	247
1)	Strafverfassungsrechtliche Ableitungen aus dem Rechtsstaatsprinzip	248
2)	Funktionstüchtigkeit der Strafrechtpflege bei extraterritorialer Strafgewalt im Allgemeinen und Seepiraterie im Besonderen	249
D.	Straftheoretische Überlegungen zur Reichweite nationaler Strafgewalten	249
I.	Die Legitimation des Staates und die Funktion staatlichen Rechts	250
II.	Die Aufgabe des Strafrechts und der Sinn und Zweck von Strafe	253

1) Die Verbotsnorm: Verhaltenslenkung zum Schutz von Rechtsgütern	254
2) Die Sanktionsnorm: Strafe als Präventionsmittel?	257
3) Das hiesige Verständnis vom Sinn der Strafandrohung, des Strafausspruchs, der Strafvollstreckung und des Strafvollzuges	261
III. Straftheorie als Leitlinie extraterritorialer Strafgewaltsausübung?	263
1) Das Konzept des Rechtsgüterschutzes als Leitlinie extraterritorialer Strafgewaltsausübung?	263
2) Der primär souveränitätsorientierte, kriminalpolitische Ansatz nach <i>Jeßberger</i> und seine Ableitungen	269
3) Der freiheitsfunktional-vergeltungstheoretische Ansatz nach <i>Pawlik</i> und seine Ableitungen	271
4) General- und spezialpräventive Ansätze und ihre Folgerungen	276
5) Straftheoretischer Zwischenbefund	280

Dritter Teil: Das Bestehen eines deutschen Strafanspruchs

§ 6 Der Geltungsbereich des deutschen materiellen Strafrechts	283
A. Die Geltungsbereichsnormen des deutschen Strafrechts <i>de lege lata</i>	283
I. Der Regelungskomplex der §§ 3 – 7, 9 StGB	284
1) Regelungsgegenstand und Bezeichnung	284
2) Binnensystematik und strafatsystematische Einordnung	286
3) Das deutsche Strafrecht, die Tat, das In- und Ausland sowie der Tatort	290
II. Die Seepiraterierelevanz der Einzelbestimmungen	292
1) § 3 StGB – Inlandstaten	292
2) § 4 StGB – Quasi-Inlandstaten an Bord von Schiffen . .	293
3) § 5 StGB – Auslandstaten	296
4) § 6 StGB – Auslandstaten	297
5) § 7 StGB – Auslandstaten	304
B. Erweiterungsbedarf <i>de lege ferenda</i> ?	311
C. Fazit	313

§ 7 Die seepiraterierelevanten Straftatbestände und die Strafbarkeit im Einzelfall	315
A. Straftatbestände und Anwendbarkeit deutschen Strafrechts	315
I. Straftaten gegen das Leben	316
II. Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit	318
III. Straftaten gegen die persönliche Freiheit	319
IV. Straftaten gegen das Eigentum und das Vermögen	320
V. Straftaten gegen mehrere dieser Rechtsgüter	323
VI. Straftaten gegen die Sicherheit des Seeverkehrs	326
VII. Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	330
VIII. Straftaten nach dem Waffengesetz und dem Kriegswaffenkontrollgesetz	333
B. Straffreistellungsgründe und Irrtümer	338
I. Straffreistellung insbesondere wegen Zwangsrekrutierungen und verheerender allgemeiner Lebensumstände?	338
II. Irrtümer	341

Vierter Teil: Die Durchsetzung des deutschen Strafanspruchs

§ 8 Der Geltungs- und Anwendungsbereich des deutschen Strafprozessrechts	347
A. Der Rechtsrahmen für extraterritoriale Strafverfolgungstätigkeit	347
I. Der Geltungs- und Anwendungsbereich des allgemeinen Strafprozessrechts	348
1) Bisheriges Meinungsbild und Diskussionsstand	349
2) Bestimmung des Geltungs- und Anwendungsbereichs des allgemeinen Strafprozessrechts	352
a) Der Ausdruck »Geltungsbereich« und sein Regelungsgehalt	352
aa) »Geltungsbereich« i. S. d. der Strafprozessordnung .	353
bb) »Geltungsbereich« i. S. d. Gerichtsverfassungsgesetzes .	361
cc) »Geltungsbereich« i. S. d. Ordnungswidrigkeitengesetzes .	363
b) Der systematische Zusammenhang zu §§ 3 – 7, 9 StGB – Das Strafanwendungsrecht und seine zuständigkeitsbegründende Funktion	363

c) Die Parallelregelung des Internationalen Privatrechts und des Internationalen Zivilverfahrensrechts – Die zivilprozessuale Kategorie der internationalen Zuständigkeit als Vorbild für das Strafverfahren?	371
d) Zwischenergebnis	375
II. Die bereichsspezifische Sonderregelung im Seeaufgabengesetz	375
III. Zwischenbefund	377
B. Der Rechtsrahmen für die Strafverfolgungstätigkeit durch Streitkräfte	377
I. Ermächtigungsadressaten des allgemeinen Strafprozessrechts	377
1) Reguläre Eingriffsbefugnisse	378
2) »Jedermanns-Recht« des § 127 Abs. 1 StPO	379
II. Übertragungsnormen zugunsten der Streitkräfte	382
1) Übertragungsverbot aufgrund eines verfassungsrechtlichen Trennungsgebotes?	382
2) Verfassungsrechtliche Zuständigkeits- und Übertragungsnormen	384
a) Strafverfolgung im System gegenseitiger kollektiver Sicherheit nach Art. 24 Abs. 2 GG	384
aa) Die Zuweisung dem Grunde nach	385
bb) Die Reichweite der Zuweisung	387
b) Implementierung völkerrechtlicher Aufgaben- und Zuständigkeitszuweisungen nach Art. 25 GG sowie über Art. 59 Abs. 2 GG	389
3) Einfach-rechtliche Zuständigkeits- und Übertragungsnormen	390
a) Aufgaben und Zuständigkeiten nach dem Bundespolizeigesetz	390
b) Aufgaben und Zuständigkeiten nach dem Seeaufgabengesetz	391
III. Strafverfolgung im Wege der Amtshilfe	393
IV. Zwischenbefund	394
C. Extraterritoriale Strafverfolgung auch durch Angehörige der Streitkräfte als Ergebnis	395

§ 9 Die relevanten strafprozessualen Eingriffsbefugnisse und ihre Reichweite im Einzelfall	397
A. Verhaftung und vorläufige Festnahme	397
I. Besondere grundgesetzliche Vorgaben	398
1) Die verfassungsrechtlich fundierten Zeitvorgaben	401
2) Anforderungen an das Erfordernis der Vorführung	407
II. Die Bestimmungen der §§ 112–130 StPO	409
1) Zu den Voraussetzungen der Anordnung von Untersuchungshaft	410
2) Weitere Verfahrensbesonderheiten	412
B. Sicherstellung und Beschlagnahme	415
I. Zu Beweiszwecken, §§ 94ff. StPO	415
II. Zur Sicherung der Einziehung, §§ 111b ff. StPO	416
1) Zu den Voraussetzungen und Gegenständen der Einziehung	417
a) Einziehung von Taterträgen, §§ 73ff. StGB	417
b) Einziehung von Tatmitteln, Tatprodukten und Tatobjekten, §§ 74ff. StGB	420
2) Zum Verfahren	421
C. Weitere Maßnahmen	423
I. Durchsuchung	424
1) Voraussetzungen der Durchsuchung	425
2) Zum Verfahren	426
II. Identitätsfeststellung	428
1) Identitätsfeststellung nach §§ 163b f. StPO	428
2) Identitätsfeststellung im Wege einer erkennungsdienstlichen Behandlung, § 81b StPO	430
D. Ausreichendes Eingriffsinstrumentarium?	432
§ 10 Weitere Besonderheiten des Strafverfahrens	433
A. Seepiraterierelevante Zuständigkeitsregelungen	433
B. Pflicht zur Strafverfolgung trotz »Lockerung« des Legalitätsprinzips?	436
I. Die Möglichkeit der Verfahrenseinstellung insbesondere nach § 153c Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StPO	437
II. Die Möglichkeit drittstaatlicher Strafverfolgung	441

Fünfter Teil: Schluss

§ 11 Fazit	447
Literaturverzeichnis	451